

wem er gerade gesprochen, was er eben getan hat.

Nur so ist Wehners böse Behauptung zu erklären, er habe zu seinem Nachfolger überhaupt keinen Kontakt. Hans-Jochen Vogel gehört zu jenen (wenigen), die den bitteren Alten regelmäßig besuchen und anrufen.

Da verwundert es nicht, daß Wehner letzte Woche zwei Besuchern erklärte, er könne sich an das Gespräch mit Terjung nicht erinnern.

Dem Verlag aber, der ein Vorexemplar übersandt hatte, schrieb Ehefrau Greta am 22. Februar – und Wehner setzte seinen Herbst darunter –, sie hätten das Buch „mit großem Interesse gelesen“ und sich „darüber gefreut“.

KONJUNKTUR

Sofort akzeptiert

Eitel Freude in der Bonner Koalition: Der Verfall der Ölpreise beschert der Regierung ein kostenloses Konjunkturprogramm.

Über die Lage waren sich Fachminister und Kanzler im Bonner Wirtschaftskabinett schnell einig: 1986 wird ein kleines Wirtschaftswunderjahr. Nur darüber, wie die guten Konjunkturnachrichten mit politischem Gewinn unters Volk zu bringen seien, gab es Meinungsverschiedenheiten.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg war dafür, die schönen Zahlen sofort bekanntzumachen. Mit der Aussicht auf vier Prozent Wachstum reise es sich bequemer zum nächsten Wirtschaftsgipfel Anfang Mai nach Tokio.

Martin Bangemann riet dagegen, an der pessimistischeren Variante (drei Prozent Wachstum) festzuhalten. Der Wirtschaftsminister erinnerte den Kanzler an den Reifall des Vorjahres: Da war die Zahl der Arbeitslosen nicht, wie von Bonn prophezeit, kleiner, sondern größer geworden. Viel klüger sei es doch, Erfolge stückweise zu verkünden, als Mißerfolge eingestehen zu müssen.

Das hat der Kanzler, so ein Teilnehmer der Runde, „sofort akzeptiert“. „Es ist besser“, befand Kohl, „wir revidieren im Laufe des Jahres '86 nach oben.“

Das wird nun auch geschehen. Interne Analysen des Bonner Wirtschaftsministeriums zeigen, nach drei Jahren schleppenden Aufschwungs, fast eine Idealkombination der Konjunkturdaten. Stück für Stück, fein abgestimmt auf Bundestagswahlkampf und Landtagswahltermine in Niedersachsen, Bayern und Hamburg, werden die Deutschen im Laufe des Jahres davon erfahren.

Sogar das Thema Arbeitslosigkeit verliert etwas von seinem Schrecken: Die Zahl der Beschäftigungslosen wird deutlich zurückgehen, auch wenn die Zwei-Millionen-Grenze noch nicht unterschrit-

ten wird. Allein eine Trendumkehr des steten Anstiegs, da sind die Meinungsforscher einig, hebt die Stimmung.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Superlative gemeldet werden. Auf das Jahr gerechnet, ist eine Geldentwertung von unter einem Prozent möglich – der niedrigste Wert seit über 30 Jahren. Das Münchner Ifo-Institut, das regelmäßig die Stimmung der Unternehmer mißt, meldet ein Geschäftsklima, wie es seit 1973 nicht mehr herrschte.

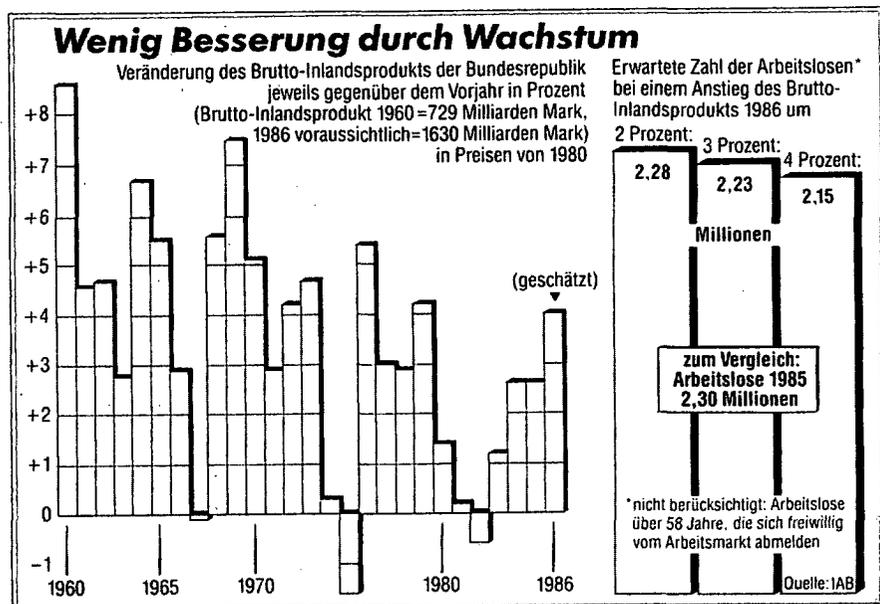
Innerhalb von drei Monaten hat sich der Ölpreis halbiert – von 30 Dollar auf unter 15 Dollar pro Barrel. Die Investitionsgüterindustrie arbeitet auf Hochtouren. Die privaten Haushalte konsumieren wie seit dem Boomjahr 1979 nicht mehr.

Die Regierung Kohl, so scheint es, hat wirtschaftspolitisch alles erreicht. Nicht mehr vom Thatcherismus werde geredet,

fünf Dollar darunter) und der Dollar-Kurs bei 2,40 Mark (er liegt schon 20 Pfennig darunter), dann zahlen die Deutschen 1986 rund 25 Milliarden Mark weniger für die Ölimporte als ein Jahr zuvor. Von der Ersparnis profitiert die Konjunktur: Die Produktion vieler Güter verbilligt sich, die Nachfrage wird angeheizt.

„Die Ölscheichs zahlen Helmut Kohl zurück“, amüsiert sich ein Spitzenbeamter, „was sie bei Helmut Schmidt kassiert haben.“

Selbst unter den vorsichtigen Annahmen der Bangemann-Rechnung könnte das Bruttoinlandsprodukt allein durch das billigere Öl um dreiviertel Prozentpunkte wachsen. Da ohnehin eine Zunahme von deutlich über drei Prozent erwartet wurde, wird die deutsche Wirtschaft 1986 nun wohl leicht vier Prozent zulegen.



so erkannte des Kanzlers Sprecher Friedhelm Ost, auch nicht von Reaganomics. Wirtschaftspolitik müsse von Stunde an mit dem Namen seines Chefs verbunden werden: „Kohlomics“.

Wenn damit die Leistung gemeint sein soll, zur rechten Zeit im rechten Land Regierungschef zu sein, dann liegt Ost richtig. Selbst eingefleischte Kohl-Anhänger, die von der Sache etwas verstehen, gestehen zu, daß vom derzeitigen Konjunkturhoch allenfalls ein halbes Prozent Wachstum der Sparpolitik der Regierung zuzuschreiben sei. „Der Rest ist Fortune“, meint ein Kohl-Berater.

Dazu gehört vor allem der drastische Fall der Ölpreise, unterstützt vom billigen Dollar, mit dem die Ölrechnung beglichen werden muß. Bangemanns Beamte rechneten ihrem Chef vor, welche segensreiche Auswirkung der Preiskampf auf dem Ölmarkt für die Deutschen haben wird.

Pendelt sich der Rohöl-Preis bei 20 Dollar pro Barrel ein (zur Zeit liegt er

Das konnte besser gar nicht laufen. Just zu dem Zeitpunkt, an dem der deutsche Export etwas abschlafft, verzichten die Ölländer auf Milliarden zugunsten der Bürger in den Industrieländern, die dafür Autos und Stereogeräte kaufen können.

In einem Vierteljahr, so rechnen die Energie-Experten im Wirtschaftsministerium, ist der Heizölpreis um 20 Pfennig gesunken. Der Verbraucher, der seinen 5000-Liter-Tank füllt, spart so glatte 1000 Mark – mehr, als jede Steuerreform bringt.

Auch die Gaspreise werden fallen. Sie folgen mit sechsmonatiger Verzögerung dem Ölpreis. Das bringt dann im Herbst noch einmal Geld.

Die private Nachfrage wird es denn auch sein, die der Konjunktur in diesem Jahr den entscheidenden Schub verleiht. Rund elf Milliarden Mark aus der Steuerreform, etwa sechs Milliarden Mark zusätzliche Sozialleistungen, nicht zu

knappe Lohnerhöhungen bei Preisstabilität und die Ölmilliarden – das alles summiert sich zu Bargeld in den Taschen der Bürger, das für kräftigen Konsum ausgeben werden kann.

Noch gelten offiziell die Zahlen des Bruttowirtschaftsberichts: Das Bruttonationalprodukt werde in diesem Jahr um drei Prozent steigen, die Zahl der Beschäftigten um rund 300 000. Doch für den Hausgebrauch hat die Bundesanstalt für Arbeit schon einmal durchgerechnet, was auf dem Arbeitsmarkt geschieht, wenn die Wirtschaft tatsächlich kräftiger wächst.

Bei vier Prozent Wachstum wird danach die Zahl der Beschäftigten um 375 000 zunehmen, die Arbeitslosenzahl wird auf durchschnittlich 2,15 Millionen sinken (siehe Graphik Seite 129). Fallen noch die über Achtundfünfzigjährigen, die sich vom Arbeitsmarkt abmelden, aus der Statistik, so wird es im Schnitt nur noch wenig mehr als zwei Millionen Arbeitslose geben.

So ist denn aus der Sicht der Bonner Regierung für das Wahljahr 1986 alles auf das feinste bestellt: Die Wirtschaft wächst wie lange nicht mehr, die Verbraucher können sich wieder etwas leisten, die Ängste, die steigende Arbeitslosenzahlen auch bei Beschäftigten auslösen, schwinden.

Ob es gelingt, dies alles als Erfolg der Regierung Kohl zu verkaufen, ist für die Bonner Wahlexperten allerdings noch längst nicht ausgemacht. Die wirtschaftlichen Erfolge, so haben sie Umfragen entnommen, werden sich nur schwer in Stimmen umsetzen lassen.

„Dankbarkeit“, weiß ein Kanzlerberater, „gibt es in der Politik nicht.“

BAYERN

Gefährliche Büffel

SPD und CSU halten sich gegenseitig ihre Derbheiten vor. Am Ende könnte eine vorzeitige Auflösung des Landtages stehen.

So genau verstanden die Sozialdemokraten gar nicht, was ihnen August Lang im Bayerischen Landtag vorwarf. Die Genossen, so der christsoziale Justizminister Ende Februar, „verbinden“ sich mit Leuten, die „wegen dem ganzen Schweinesystem“ den „Staat zerschlagen wollen“. Oder hatte Lang „verbunden“ gesagt?

Eins wie das andere, egal, empörte die weiß-blauen Sozis dermaßen, daß sie eine außergewöhnliche Strafaktion androhten: Die 71 SPD-Abgeordneten wollen, nach dem denkwürdigen Scharmützel wegen der Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, den Münchner Plenarsaal verlassen, sobald Lang noch einmal das Wort ergreift.

Nun diskutieren die Christsozialen über einen Gegenschlag. Gerold Tandler, in seiner Doppelfunktion als CSU-Fraktionschef und CSU-Generalsekretär auch oberster Wahlkampfmanager der Partei, gibt zu bedenken, ob nicht gleich der ganze Landtag aufgelöst und die für 12. Oktober geplante Wahl auf Mai vorgezogen werden soll.

Tandler fährt jedenfalls jetzt schon „zweigleisig“ und ist „auf alles vorbereitet“. Am Montag letzter Woche erläuterte er seinen Einfall dem CSU-Vorstand. Parteichef Franz Josef Strauß gab zwar zu Protokoll, er habe prinzipiell eine „andere Auffassung von parlamentarischen Pflichten“, sah aber für Tanders Vorstoß immerhin „gute Gründe“.

Die Boykottandrohung bot der CSU einen offenbar willkommenen Anlaß, über den Wahltermin nachzudenken. So könnte es für die bayerische Mehrheits-



Bayrischer Justizminister Lang
„Wegen dem ganzen Schweinesystem“

partei verlockend sein, sich dem weithin aufgebrauchten Landvolk nicht ausge-rechnet eine Woche nach dem Erntedankfest zur Wahl zu stellen.

Schon hat sich nämlich gut ein halbes Dutzend Bauern- und Öko-Organisationen, darunter der Bund Naturschutz und die katholische Landjugend, zu einer „Bayerischen Agraropposition“ zusammengefunden. Sie protestieren gegen die Politik von CSU-Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, dem sie die Schuld für die Existenznöte vor allem der Kleinbauern geben.

Selbst der jahrzehntelang unionstreue Bayerische Bauernverband liebäugelt diesmal mit einem Wahlboykott gegen die CSU – nach Ansicht von Strauß eine gefährliche „Büffelstrategie“.

Als vorteilhaft könnte es sich für die CSU aber auch erweisen, mit dem Wahltermin nicht allzu dicht an die Bundestagswahlen im Januar 1987 heranzurücken. Je weiter die CSU sich absetzen, je

bayerischer sie den Wahlkampf führen könne, so spekulieren die Strategen, desto weniger gerate die Partei in den Sog der Bonner Krisen und Affären.

Die hauseigenen Skandale sind zwar auch recht saftig: Prominente Christsoziale betätigten sich als eifrige Spendenwäscher, und die Bayerische Landesbank (Präsident: Ex-Finanzminister Ludwig Huber; Verwaltungsratsvorsitzender: Finanzminister Max Streibl) hat über die dubiose Öl-Abschreibungs-firma Mega Petrol mehr als 200 Millionen Mark verwirtschaftet.

Doch damit, glaubt die allmächtige CSU, werde sie schon auf traditionelle Weise fertig. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse etwa, von der SPD reichlich in Stellung gebracht, werden von der schier erdrückenden CSU-Mehrheit stets nach Belieben zurechtgebogen. Als Instrument zur Kontrolle der Regierung taugen sie schon lange nicht mehr.

Die Opposition ist deshalb auf neue Formen der parlamentarischen Auseinandersetzung angewiesen. Ob der Boykott gegen Justizminister Lang sonderlich einträglich sein wird, muß sich allerdings erst zeigen. Auch die SPD hat es in der Vergangenheit schließlich an deftigen Worten nicht fehlen lassen. Prompt legte Tandler vorige Woche eine Sammlung mit „Ausgewählten Äußerungen“ der Genossen vor. Sie speist sich vor allem aus Zitaten des polemisch begabten SPD-Landesvorsitzenden Rudi Schöfberger. Er hatte beispielsweise

den Protest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf gleichgesetzt mit dem Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis. Und an die Adresse der CSU richtete er auf einer SPD-Jubiläumsfeier den Vorwurf: „Ohne euch und eure verdammte Geschichte wären diesem Kontinent möglicherweise zwei Weltkriege mit 55 Millionen Toten erspart geblieben.“

Die Attacke der Genossen könnte also leicht auf sie selbst zurückschlagen. Bleiben die Sozis aber standhaft, wäre eine vorzeitige Auflösung des Landtages leicht zu realisieren: Die ist, nach Artikel 18 der Bayerischen Verfassung, jederzeit möglich – ohne jeden Anlaß und mit absoluter Mehrheit, für die 103 der 133 CSU-Abgeordneten ausreichen.

Persönliche Interessen spielen zum jetzigen Zeitpunkt auch keine ausschlaggebende Rolle mehr. Für ihre Altersversorgung müssen Abgeordnete zwar mindestens eine „Mitgliedschaft von acht Jahren“ nachweisen – wer erst die zweite